

Vertraulich

VERHANDLUNGSPROTOKOLL

der 16. Sitzung des Bundesrates

vom 13. Mai 1992

En ouvrant la séance, le président Felber se réjouit du rétablissement du chancelier de la Confédération, François Couchepin, après son hospitalisation pour des calculs biliaires. Il propose que le problème de la drogue soit traité en début de séance, étant donné que M. Cotti devra s'absenter au début de l'après-midi.

Problème de la drogue

Le Conseil reprend l'examen de ce problème, notamment quant à la question de savoir si des expériences avec distribution de drogue sous contrôle médical doivent être prévues. M. Cotti commente ses propositions. Malgré les critiques de la presse, il est bien normal que pour un problème d'une telle portée, le Conseil se soit réservé encore une semaine de réflexion.

Bundesrat Stich ist mit der Durchführung von Versuchen einverstanden. Diese dürfen aber nicht zu restriktiv und zu bürokratisch gestaltet werden. Auch Bundesrat Villiger kann sich den Anträgen anschliessen. Das Ziel der Versuche muss aber klar definiert werden, und diese sollen nicht als eine staatliche Verteilung von Heroin interpretiert werden können.

Malgré les informations supplémentaires reçues, M. Delamuraz n'est pas convaincu de l'utilité de tels essais. En les adoptant, le Conseil suit la voie de la facilité. Malgré cette objection, le Conseil adopte les propositions du DFI qui seront présentées à la presse ce matin même.

Recherche sur l'énergie - Plan directeur

Le plan directeur est adopté dans la version proposée, même si l'engagement des fonds de la Confédération dans le secteur nucléaire est contesté. On prévoit d'importantes dépenses pour satisfaire un nombre très limité de professeurs. Cette affirmation est rejetée par M. Ogi, qui souligne l'importance de cette recherche également.



Beteiligung des Bundes an der ALPAR AG

Nach Meinung von Bundesrat Stich sollte eine Motion, welche eine solche Beteiligung fordert, abgelehnt und nicht in ein Postulat umgewandelt werden. Es handelt sich um eine Angelegenheit, die von Privaten gelöst werden muss. Man kann nicht immer von Privatisierung sprechen und gleichzeitig die Beteiligung des Bundes bei solchen privaten Unternehmen in Aussicht stellen. Bundesrat Ogi teilt diese Auffassung nicht. Man darf nicht übersehen, dass der Flughafen von Belp derjenige des Bundesrates ist. Der Bund hat deshalb ein eminentes Interesse daran, dass der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Der Rat teilt diese Auffassung und ist mit der Annahme des Postulates einverstanden.

Peacekeeping der KSZE

Es wird vorgeschlagen, die beanspruchten finanziellen Mittel beim EMD-Budget zu kompensieren. Bundesrat Villiger widersetzt sich diesem Vorschlag mit Erfolg. Es geht nicht primär um den Einsatz von Truppen, sondern um die Mitfinanzierung von Aktionen.

Sportmittelschule Davos

Die Annahme eines Postulates, das eine solche Schule vorschlägt, ist bestritten. In der heutigen finanziellen Lage kann der Bund keine zusätzlichen, nicht prioritären Aufgaben übernehmen. Es geht aber lediglich um ein Postulat. Im Sportbereich hat das Parlament bereits Streichungen vorgenommen. In der nächsten Zeit wird das EDI sicher keine Anträge für die Realisierung einer solchen Schule stellen. Das Postulat wird danach angenommen.

Bericht über den Stand der Gentechnologie

Es wäre falsch, diesen Bericht nur drei Tage vor der Volksabstimmung über den Verfassungsartikel über die Gentechnologie zu verabschieden. Der Bericht muss zudem an die letzten Ereignisse angepasst werden. Der Rat ist mit dieser Meinung einverstanden.

EUREKA: 10. Ministerkonferenz

Bundesrat Stich erläutert seinen Mitbericht. Er lehnt die vorgesehene Erhöhung der finanziellen Mittel von 4 auf 7 Mio Franken zur Planung, Vorbereitung und Durchführung

des EUREKA-Vorsitzes in den Jahren 1994/95 ab. Auch über allfällige zusätzliche Stellen soll später entschieden werden. Bundesrat Delamuraz sieht in der Möglichkeit, diesen Vorsitz zu übernehmen, eine Chance für die Schweiz, sowohl für die Schweizer Wirtschaft wie für die Hochschulkreise. Der Bundesrat hat mit Beschluss vom 10. Juni 1991 im Budget und im Finanzplan für die Jahre 1993 - 1995 bereits 4 Mio Franken eingestellt. Der Mehraufwand lohnt sich, werden doch mehrere der vorgesehenen Konferenzen in der Schweiz stattfinden und entsprechende Impulse vermitteln. Der Bundesrat beschliesst gemäss Antrag des EVD.

Ueberprüfung der Milchkontingente

Bundesrat Stich stimmt dem Bericht zur Ueberprüfung der Milchkontingente und den Aenderungen beim Milchbeschluss zu. Hingegen ist er mit der Revision des Milchwirtschaftsbeschlusses nicht einverstanden. Auf die Einführung des Kontingentshandels ist zu verzichten. Dieser hat mit freier Marktwirtschaft nichts gemeinsam. Der Bauer, welcher Kontingente verkauft, verlagert die Produktion auf andere, ihm einträglich erscheinende Bereiche und vergrössert hier die Ueberschüsse, z.B. im Ackerbau. Dies führt schliesslich zu einer höheren Belastung der Bundeskasse. Bundesrat Delamuraz verweist darauf, dass der Nationalrat diesem Kontingentshandel zugestimmt habe und der Grundsatz auch im 7. Landwirtschaftsbericht enthalten sei. Es handelt sich ja um ein Vernehmlassungsverfahren. Es geht jetzt darum, diesen Kontingentshandel in die Diskussion zu bringen. Der Bund selber wird nicht Kontingente aufkaufen. Es kann aber sinnvoll sein, dass die bäuerlichen Produzenten dies unter sich tun. Im übrigen dürfte kein grosser Handel entstehen, der Spielraum der Bauern ist mit Blick auf die heutigen und erst recht auf die künftigen Rahmenbedingungen (GATT, EG-Landwirtschaftspolitik) klein. Etwas mehr Flexibilität ist aber durchaus wünschenswert. Mit diesem Hauptantrag des EFD kann daher das EVD nicht einverstanden sein. Hingegen wäre Bundesrat Delamuraz bereit, verschiedenen, vom EFD vorgebrachten Eventualanträgen zuzustimmen.

Bundesrat Stich sieht nicht ein, weshalb der Bund nicht Kontingente aufkaufen können sollte, falls man diesen Handel einführen will. Dieser Kauf käme den Bund zum Teil billiger, da ihm in diesem Fall weniger Verwertungskosten erwachsen würden. Schon heute übersteigen die Kontingente die Absatzmöglichkeiten, weshalb der Bundesrat im Sinn eines Eventualantrages im Artikel 2a Absatz 11 festhalten möchte, dass von jeder übertragenen Kontingentsmenge 50 Prozent eingezogen werden. Es ist zu verhindern, dass Kontingentsübertragungen eine steigende Milchproduktion bewirken. Das Nähere könnte auf Verordnungsstufe geregelt werden. Der Bundesrat beschliesst eine Kompromisslösung, wonach der Bundesrat bestimmt, dass von jeder übertrage-

nen Kontingentsmenge ein Teil eingezogen wird, ohne allerdings den Prozentsatz festzulegen. Dieselbe flexible Formulierung soll bei der Vermietung von Kontingents- teilen zur Anwendung kommen. Das EVD stimmt weitem Eventualanträgen des EFD zu. Diese betreffen eine Ergänzung in Art. 5a Absatz 4, wonach der Ausgleich saisonaler Schwankungen kostenneutral sein soll und wonach der Zentralverband nicht für neue Aufgaben zu entschädigen ist. Artikel 32 bleibt in der Version von 1988 stehen.

Commission de l'économie et des redevances du Conseil des Etats

Auf Wunsch des EFD wird das EVD diesen Bericht etwas offener und weniger verbindlich formulieren, dies betrifft insbesondere die Ausführungen zur Berufsbildung. Damit die Fristen eingehalten werden können, wird der redaktionell bereinigte Bericht allen Bundesräten so rasch als möglich zur Kenntnisnahme zugeleitet.

Förderungsvolumen in der Wohnbau- und Eigentumsförderung

Bundesrat Delamuraz ist mit der Reduktion der von ihm beantragten 6 - 8 auf 4 Hilfskräftestellen einverstanden. Er benötigt diese aber nicht nur für 1992, sondern auch für 1993. Der Wohnbau- und Eigentumsförderung des Bundes kommt gerade in der heutigen konjunkturellen Lage eine besondere Bedeutung zu. Bundesrat Stich ist einverstanden, dass dem EVD auf den 1.1.1993 vier Etatstellen zugesprochen werden damit die Hilfskräftestellen auf diesen Termin umgewandelt werden können. Er hält aber fest, dass der Etatbestand spätestens 1995 wieder mit dem im Stellenplan festgelegten Niveau übereinstimmen müsse.

Aussprachen

Von Wattenwyl-Gespräche

Der Rat begrüsst die Neuerung, wonach vor den Von Wattenwyl-Gesprächen eine Aussprache über die zur Diskussion stehenden Themen geführt wird. In bezug auf den Europa-Kalender wird gegenüber den Bundesratsparteien der Wunsch geäußert, alles zu tun, damit das Volk bereits am 6. Dezember über den EWR abstimmen kann. Bundesrat Koller kommentiert den Genehmigungsbeschluss im Lichte der verschiedenen Vorschläge, welche in den letzten Tagen eingereicht worden sind. Es ist weder möglich noch sinnvoll, die Referendumsrechte vollständig zu gewähren. Auch die Lösung von Professor Zimmerli ist nur prima vista besser

als diejenige des Bundesrates. Er wird sich an den Von Wattenwyl-Gesprächen in diesem Sinne äussern. Der Rat ist einverstanden.

In bezug auf die Prioritäten im Finanzbereich teilt der Rat die Vorschläge von Bundesrat Stich. Die Bekämpfung der Defizite steht auch für die Stabilität des Wirtschaftsplatzes Schweiz im Vordergrund.

Bundesrat Koller kommentiert die erfreuliche Entwicklung im Asylbereich. Es wäre aber verfrüht, bereits jetzt einen Abbau der vorhandenen Infrastruktur zu beschliessen, denn die Lage könnte sich rasch verändern.

Suppression d'emplois au DMF

MM. Villiger et Stich ont trouvé une solution pour rendre moins pénible pour les intéressés la suppression d'emplois au DMF. Il s'agit de faciliter les retraites anticipées. Cela pourrait-il porter préjudice notamment aux PTT et aux CFF? M. Stich assure que cela ne sera pas le cas. Les propositions sont donc acceptées et feront l'objet d'une conférence de presse du DMF. Il est en effet indispensable de parler clairement aux personnes concernées.

Demande d'adhésion de la Suisse à la CE

Le président Felber ouvre la discussion sur le moment d'une demande d'adhésion à la CE, en soulignant qu'il s'agit de concrétiser la décision d'octobre 1991 de considérer l'adhésion comme objectif de la politique d'intégration de la Suisse. Présenter une demande ne signifie pas encore adhérer, mais simplement demander l'ouverture de négociations, dont le résultat ne peut être déterminé à l'avance. Il faut aussi considérer qu'au sein des douze, les avis divergent quant à la question de savoir s'il convient de donner la priorité à l'approfondissement, comme la commission semble vouloir, ou à l'élargissement comme les pays membres semblent le souhaiter. Personnellement, M. Felber plaide pour le dépôt rapide d'une demande d'adhésion. Ce pas est susceptible de montrer au peuple que l'adhésion et l'AEEE sont deux choses différentes. En cas de refus de l'AEEE en votation populaire, il serait difficile de poursuivre les négociations avec la CE.

M. Delamuraz partage l'appréciation du président et souhaite également la présentation d'une demande avant la votation sur le l'AEEE. Il propose néanmoins que le Conseil ne prenne pas de décision au cours de cette séance, mais s'exprime définitivement lors de sa réunion extraordinaire de lundi, lorsqu'il devra approuver le troisième

rapport sur l'intégration. Même si ce rapport montre clairement la politique du Conseil fédéral, il n'est pas suffisant pour la CE. Seule la présentation d'une lettre formelle sera prise en considération par Bruxelles. En l'absence de cette démarche, nous serions obligés de continuer à nous expliquer.

Für Bundesrat Ogi sollte der Bundesrat nicht sofort entscheiden und ein allfälliges Gesuch erst im Hinblick auf den Gipfel von Edinburgh stellen. Es ist anzunehmen, dass in Lissabon keine definitiven Entscheide betreffend die Erweiterung der EG getroffen werden. Zudem sollte dieser Schritt erst nach der NEAT-Abstimmung vollzogen werden. Wird die NEAT abgelehnt, dann ist sowieso alles vorbei.

Bundesrat Stich lädt den Rat ein, heute nicht zu entscheiden. Persönlich neigt er dazu, erst nach der EWR-Abstimmung ein Beitrittsgesuch zu stellen. Würde der EWR relativ stark abgelehnt, müsste sonst der Rat sein Gesuch zurückziehen.

Diese Meinung wird von Bundesrat Koller geteilt. Bei einer klaren Ablehnung des EWR wäre es illusorisch zu denken, man könnte über den Beitritt verhandeln. Auch aussenpolitisch wären wir unglaubwürdig. Es wäre falsch, vor dem Gipfel von Lissabon ein Gesuch zu stellen, denn dadurch würde die EWR-Abstimmung belastet. Viele Leute sind bereit, zwar dem EWR zuzustimmen, nicht aber einem Beitritt. Diese Lage wird vor allem für das Ständemehr entscheidend sein. Wenn es aussenpolitisch möglich ist und dies scheint der Fall zu sein, müssen wir mit einem Gesuch noch zuwarten. Bundesrat Koller kritisiert erneut die Konvoitheorie. Diese ist überholt, denn die EG wird mit jedem Land individuell verhandeln. Trotzdem beharren die Autoren des 3. Integrationsberichtes weiterhin auf dieser Theorie. Diese Passagen sollten korrigiert werden.

M. Cotti précise sa position en insistant sur le fait que si le l'AEEE est refusé, c'est toute la politique d'intégration de la Suisse qui sera retardée de plusieurs années. La votation sur le l'AEEE est donc stratégiquement plus importante que l'accord lui-même. Le Conseil fédéral doit être clair. Après sa décision de Gerzensee, sur laquelle il ne peut revenir, il serait accusé de tricher s'il devait présenter sa demande quelques mois après la votation sur l'AEEE. Il n'a donc que le choix entre une demande immédiate et une demande dans trois ou quatre ans. Dans cette situation, M. Cotti plaide pour une demande immédiate.

Bundesrat Villiger neigt dagegen zu einer abwartenden Haltung. Es wäre falsch, den Brief im November abzuschicken. Die Priorität soll bei der EWR-Abstimmung bleiben. Wird der EWR abgelehnt, dann könnte man nicht mehr mit Brüssel verhandeln. Würde ein Gesuch der EWR-Abstim-

mung schaden? Bundesrat Villiger bejaht diese Frage. Es gibt viele Leute, die bereit sind, dem EWR zuzustimmen, gleichzeitig aber ein Beitritt eindeutig ablehnen. Würde ein Beitritts-gesuch auch nur wenige Prozente der Stimmberechtigten zu einer Ablehnung des EWR bewegen, dann ist die Abstimmung gefährdet.

Après ce tour de table, le Conseil décide de méditer cette question quelques jours encore et de prendre une décision lors de la séance du 18 mai.

Information sur l'Europe

M. Delamuraz souligne qu'il s'agit d'une campagne d'information du Conseil fédéral. C'est donc au Conseil d'en approuver les principes. Il faut éviter de donner l'impression de "bombarder" le citoyen et en même temps éviter le reproche, formulé lors de la votation sur l'ONU, d'une information insuffisante. Faut-il utiliser également des annonces payantes dans la presse? Il s'agit d'une question délicate, car jusqu'ici ce moyen d'information n'a jamais été utilisé par les pouvoirs publics. Si les annonces sont formulées afin d'attirer l'attention, alors l'on s'approche plus de la propagande que de l'information. Dans le cas contraire, elles ne servent à rien. Il faut éviter de susciter des critiques à l'égard de l'information du Conseil fédéral. D'autre part, il faut bien souligner que ce ne sera que si l'information est active et utilise tous les canaux disponibles qu'il y a des chances de faire passer l'AEÉE. M. Delamuraz, sur la base de la discussion au Conseil va faire étudier des variantes aux annonces payantes dans la presse et soumettra plus tard cette question au Conseil.

Umfragen

- BR Ogi - informiert über die Kritiken an den SBB wegen eines Plakates betreffend die Abstimmung über den Gewässerschutz. Das EVED ist vorstellig geworden, damit die SBB die Haltung des Bundesrates respektieren.
- BR Villiger - Die Sicherheitskommission des Nationalrates hat mit eindeutiger Mehrheit zugunsten des F/A-18 entschieden. Der Rat wird seine Entscheide bereits im Juni treffen.

- M. Couchepin
- les responsables du Parlement ont prévu d'organiser l'heure des questions pour le lundi de la deuxième semaine de la session extraordinaire. Le Conseil juge cette décision inopportune. Le Parlement en sera informé;
 - la commission des institutions politiques du CN a tranché contre l'avis du Conseil fédéral. M. Mastronardi a écrit des lettres qui ne correspondent pas à la réalité. La question sera réglée avec le secrétariat de la Commission de gestion;
 - les échos sur la participation de MM. Stich et Cotti à des débats contradictoires à la TV alémanique divergent. La chancellerie doit-elle faire une petite étude à ce propos? Tel est bien le cas;
 - dimanche soir, MM. Stich, Cotti, Villiger et Koller commenteront devant la presse les résultats de la votation populaire.
- Prés. Felber
- soumet au Conseil la question de son remplacement durant les mois de juin et de juillet.

1.6.1992 AC/dl

SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI

geht an:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler/in (2)